

Volz, Joachim

Article

Finanzpolitik im Euroraum: im Spannungsfeld von Konsolidierung und Konjunktur

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Volz, Joachim (2002) : Finanzpolitik im Euroraum: im Spannungsfeld von Konsolidierung und Konjunktur, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 27, pp. 427-435

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151151>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Finanzpolitik im Euroraum: Im Spannungsfeld von Konsolidierung und Konjunktur

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Im vergangenen Jahr nahm das aggregierte Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum erstmals seit Jahren wieder zu, und der Bruttoschuldenstand hat sich kaum noch verringert. Die Abgabenquote ging – auch als Folge von Steuerreformen – auf das Niveau von 1995 zurück, während die Ausgabenquote vor allem wegen des Wirkens der automatischen Stabilisatoren konjunkturbedingt leicht stieg.

Mit den verschlechterten Wachstumsperspektiven wurden die Ziele in den zuletzt veröffentlichten Stabilitätsprogrammen vielfach etwas bescheidener formuliert als zuvor. Dennoch bleibt das Erreichen dieser Ziele ein Problem, wobei sich die Debatte um die angemessene Art der Konsolidierung – nicht zuletzt auf dem jüngsten EU-Gipfel – wieder verschärft hat. Dabei wird verschiedentlich – etwa von der Europäischen Zentralbank – die Auffassung vertreten, die anvisierten Ziele könnten nur durch strikte Ausgabenkürzungen erreicht werden. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, bestätigt die Entwicklung in Ländern mit besonders erfolgreicher Konsolidierung – etwa in Finnland und den Niederlanden – diese Auffassung nicht. Entscheidend für den Konsolidierungserfolg war der Rückenwind durch ein kräftiges Wachstum. Im Hinblick auf die Konsolidierungsstrategie im Euroraum bedeutet dies, dass einem restriktiven fiskalischen Impuls ein expansiver geldpolitischer Nachfrageimpuls gegenübergestellt werden muss.

Konjunkturbedingte Unterbrechung des Konsolidierungsprozesses

Nach Jahren der finanzpolitischen Konsolidierung hatten die öffentlichen Haushalte in der Europäischen Union (EU) im Jahre 2000 erstmals seit Jahrzehnten insgesamt einen Überschuss¹ ausgewiesen; für den Euroraum (EWU) ergab sich immerhin nur noch ein geringes Minus (Abbildung 1). Ebenso konnten die öffentlichen Bruttoschulden – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – bis dahin erheblich verringert werden (Tabelle 1). Dieser Prozess, der durch den wirtschaftlichen Aufschwung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre unterstützt wurde, ging im vergangenen Jahr zu Ende.

Mit der erheblichen Abkühlung der Konjunktur im Vorjahr sowohl in der EU insgesamt als auch in der EWU haben sich in vielen Ländern die Finanzierungsdefizite wieder erhöht bzw. die Überschüsse verringert. So nahm das aggregierte Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum erstmals wie

¹ Um Fehlinterpretationen der Saldenentwicklung bei den öffentlichen Haushalten zu vermeiden, bleiben hier und im Folgenden die Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen unberücksichtigt.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 27/2002

69. Jahrgang / 4. Juli 2002

Inhalt

Finanzpolitik im Euroraum: Im Spannungsfeld von Konsolidierung und Konjunktur Seite 427

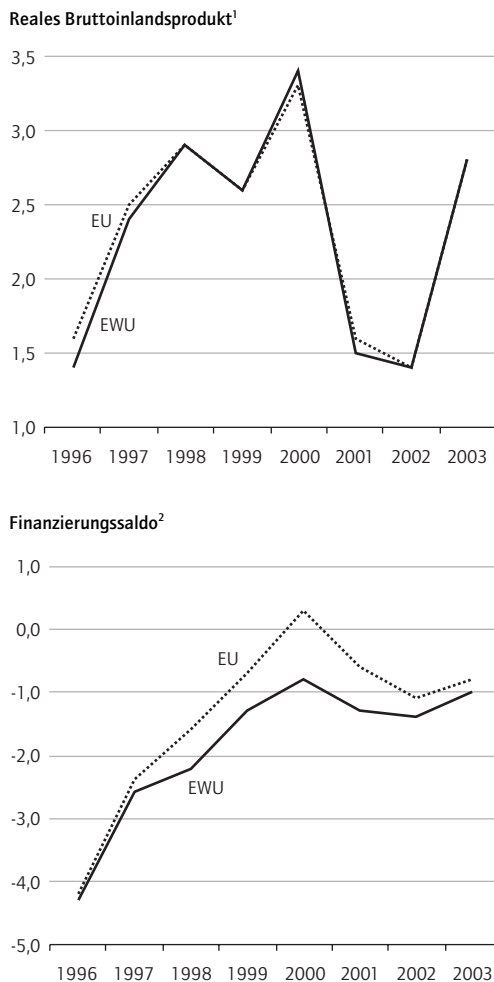
Unkorrigiert!

Sperrfrist:
Mittwoch, 3. Juli 2002, 17 Uhr!
Für Agenturen:
Sendesperrfrist
Mittwoch, 3. Juli 2002, 8 Uhr,
mit Sendesperrfristvermerk:
„Freigabe zur Veröffentlichung:
Mittwoch, 3. Juli 2002, 17 Uhr“

A 22127 C

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der EWU und EU von 1996 bis 2003



1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

2 In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht; ohne Sondererinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Prognose der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (April 2002).

DIW Berlin 2002

Finanzierungsdefizite in der EWU und der EU nehmen wieder zu

der zu, von 0,8 % im Jahre 2000 auf 1,3 % im Jahre 2001; hierzu trugen auch die Steuerreformen, insbesondere in Deutschland und Frankreich, bei.² Der Bruttoschuldenstand hat sich nur noch wenig, von 70,2 % auf 69,1 %, verringert. Stärker noch war die Verschlechterung des Finanzierungssaldos bei den EU-Ländern außerhalb der EWU und damit auch in der EU insgesamt; dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Großbritannien zur Konjunkturstützung ein umfangreiches Ausgabenprogramm in die Wege leitete.

Rückgang der Abgabenquote auf den Stand von 1995

In der EWU gingen im Jahre 2001 die öffentlichen Abgaben in % des Bruttoinlandsprodukts (Abgabenquote) so stark zurück wie seit Jahrzehnten nicht mehr und erreichten mit 46,7 % etwa das Niveau von 1995 (Tabelle 2). Dies ist vor allem Folge umfangreicher Steuerreformen und Steuersatzsenkungen sowohl in den größeren als auch in mehreren kleineren Mitgliedstaaten, denen vielfach eine Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen vorausgegangen war. Dabei haben die Steuerreformen bzw. -senkungen in den großen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien die europäische Konjunktur in besonderem Maße gestützt.

Im Gegensatz zu den Vorjahren hat es kaum noch strukturelle Verschiebungen auf der Einnahmenseite gegeben, obwohl viele Länder offiziell weiter dafür plädierten, eine Verlagerung der relativen Belastung von den Sozialabgaben hin zu den Steuern – und hier zu den indirekten Steuern – zu erreichen. Tatsächlich ging 2001 im EWU-Raum die Sozialabgabenquote im Unterschied zu den Steuerquoten aber nicht mehr zurück. Auch eine Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern ist nicht gelungen.³

Im Vergleich zu den USA, wo die Abgabenquote bei etwa 33 % liegt, ist die Abgabenbelastung in der EU und im Euroraum mit jeweils über 46 % immer noch hoch. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass die steuerliche Belastung in den USA seit Anfang der 90er Jahre um fast 3 Prozentpunkte gestiegen ist.

Konjunkturbedingt leichter Anstieg der Staatsausgabenquote

Eine erheblich größere Dynamik als bei der Abgabenquote ist seit Mitte der 90er Jahre bei der Staatsausgabenquote zu beobachten. Die Quote ging um über 4 Prozentpunkte auf rund 47 % zurück. Mit der schlechten konjunkturellen Entwicklung im vergangenen Jahr ist diese Entwicklung allerdings zum Stillstand gekommen. Das Wirken der „eingebauten“ finanzpolitischen Stabilisatoren führte bei zunehmender Arbeitslosigkeit dazu, dass die Ausgabenquote seit Jahren erstmals wieder – auf 48 % in der EWU – stieg (Tabelle 3). Bei

2 Geringeren Einnahmen etwa aufgrund von Steuersatzsenkungen stehen allerdings teilweise Mehreinnahmen und Minderausgaben im Zuge der relativ stärkeren Expansion der Wirtschaft gegenüber.

3 Vgl. S. Bach, W. Scheremet, B. Seidel und D. Teichmann: Internationale Entwicklungstendenzen nationaler Steuersysteme – von der direkten zur indirekten Besteuerung? Sonderheft 172, DIW Berlin, 2001.

Tabelle 1

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den Ländern der Europäischen Union

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoschulden¹								
Deutschland	59,8	61,0	60,9	61,3	60,3	59,8	60,6	59,9
Frankreich	57,1	59,3	59,5	58,5	57,4	57,2	57,5	56,5
Italien	122,1	120,2	116,4	114,5	110,6	109,4	106,5	104,3
Spanien	68,1	66,6	64,6	63,1	60,4	57,2	55,5	53,5
Niederlande	75,2	69,9	66,8	63,1	56,0	53,2	52,5	51,0
Belgien	130,1	124,7	119,3	115,0	109,3	107,5	105,0	103,0
Österreich	69,2	64,7	63,9	64,9	63,6	61,7	59,5	57,0
Finnland	57,1	54,1	48,8	46,8	44,0	43,6	42,5	41,0
Griechenland	111,3	108,2	105,0	103,8	102,8	99,7	95,5	92,5
Portugal	62,7	58,9	54,8	54,2	53,4	55,6	53,5	53,0
Irland	74,2	65,1	55,1	49,6	39,0	36,6	34,5	32,5
Luxemburg	6,2	6,0	6,3	6,0	5,6	5,5	5,5	5,5
Euroraum²	76,1	75,4	73,8	72,7	70,2	69,1	68,4	67,0
Großbritannien	52,3	50,8	47,6	45,2	42,4	39,0	37,6	36,1
Schweden	76,0	73,1	70,5	65,0	55,3	55,9	52,6	49,9
Dänemark	65,1	61,2	56,2	52,7	46,8	44,7	43,2	39,8
Europäische Union²	71,6	70,6	68,6	67,1	64,3	62,8	61,9	60,4
Nachrichtlich: USA	73,9	71,4	68,3	65,3	59,4	57,6	58,0	56,6
Finanzierungssaldo¹								
Deutschland	-3,4	-2,7	-2,2	-1,6	-1,3	-2,7	-2,3	-1,6
Frankreich	-4,1	-3,0	-2,7	-1,6	-1,3	-1,4	-1,9	-1,6
Italien	-7,1	-2,7	-3,1	-1,8	-1,7	-1,4	-1,9	-1,6
Spanien	-4,9	-3,2	-2,6	-1,1	-0,4	0,0	0,1	0,4
Niederlande	-1,8	-1,1	-0,8	0,4	1,5	0,2	-0,1	0,1
Belgien	-3,8	-2,0	-0,9	-0,6	0,1	0,0	0,0	0,3
Österreich	-4,0	-2,0	-2,5	-2,2	-1,9	0,1	-0,1	0,2
Finnland	-3,2	-1,5	1,3	1,9	7,0	4,9	2,3	2,9
Griechenland	-7,8	-4,7	-3,1	-1,7	-0,8	-0,2	-0,2	0,2
Portugal	-3,8	-2,6	-2,3	-2,2	-1,8	-2,4	-2,5	-1,9
Irland	-0,2	1,2	2,3	2,3	4,5	1,7	0,4	1,0
Luxemburg	2,0	2,8	3,2	3,8	5,8	5,0	4,0	3,9
Euroraum²	-4,3	-2,6	-2,2	-1,3	-0,8	-1,3	-1,4	-1,0
Großbritannien	-4,4	-2,2	0,4	1,1	4,0	0,9	-0,2	-0,5
Schweden	-3,1	-1,6	2,1	1,3	3,7	4,8	1,7	1,9
Dänemark	-1,0	0,4	1,1	3,1	2,5	3,0	2,1	2,4
Europäische Union²	-4,2	-2,4	-1,6	-0,7	0,3	-0,6	-1,1	-0,8
Nachrichtlich: USA	-2,2	-1,0	0,3	0,9	1,7	0,5	-0,7	-0,9
Finanzierungssaldo ohne Zinsen³								
Deutschland	0,3	0,9	1,4	1,9	2,1	0,5	1,0	1,6
Frankreich	-0,2	0,7	0,9	1,7	2,0	1,8	1,2	1,5
Italien	4,4	6,7	5,2	5,0	4,8	5,0	3,9	4,1
Spanien	0,4	1,6	1,7	2,4	2,9	3,1	3,0	3,2
Niederlande	3,8	4,1	4,0	4,9	5,4	3,6	2,9	2,8
Belgien	5,0	6,0	6,6	6,4	6,9	6,5	6,2	6,1
Österreich	0,4	2,0	1,4	1,5	1,8	3,6	3,3	3,5
Finnland	1,1	2,8	4,9	5,0	9,8	7,6	4,9	5,4
Griechenland	2,7	3,5	4,7	5,6	6,2	6,0	5,4	5,3
Portugal	1,6	1,6	1,2	1,0	1,4	0,7	0,6	1,3
Irland	4,4	5,4	5,7	4,7	6,6	3,2	2,0	2,5
Luxemburg	2,4	3,1	3,6	4,1	6,1	5,3	4,3	4,1
Euroraum²	1,5	2,6	2,6	3,0	3,3	2,7	2,3	2,6
Großbritannien	-0,8	1,4	3,9	4,0	6,8	3,3	2,1	1,7
Schweden	3,7	4,9	7,8	6,3	7,9	8,2	4,8	4,8
Dänemark	5,1	6,1	6,4	7,8	6,7	7,1	5,6	5,6
Europäische Union²	1,2	2,5	3,0	3,3	4,1	3,0	2,4	2,6
Nachrichtlich: USA	2,5	3,5	4,6	4,8	5,4	3,9	2,3	2,0

1 In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

2 Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in Euro.

3 In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo einschließlich Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: Europäische Kommission; 2002 und 2003: für Bruttoschulden und Finanzierungssaldo in den EWU-Ländern Prognose der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (April 2002).

DIW Berlin 2002

Tabelle 2

Staatseinnahmen¹ in den Ländern der Europäischen Union

In % des Bruttoinlandsprodukts

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Gesamteinnahmen des Staates								
Euroraum	47,2	47,6	47,1	47,7	47,4	46,7	46,6	46,2
Europäische Union darunter:	46,7	46,8	46,6	47,1	46,8	46,3	46,1	45,7
Großbritannien	38,6	38,9	40,2	40,4	40,9	41,0	41,0	40,6
Nachrichtlich: USA	32,3	32,6	33,0	33,2	33,8	33,0	32,6	32,1
Direkte Steuern								
Euroraum	11,9	12,1	12,4	12,8	13,0	12,7	12,7	12,6
Europäische Union darunter:	13,0	13,2	13,7	14,0	14,3	14,1	14,0	13,9
Großbritannien	14,7	15,0	16,2	16,1	16,7	16,8	16,9	16,7
Nachrichtlich: USA	14,1	14,6	15,0	15,3	15,9	15,0	14,3	14,2
Indirekte Steuern								
Euroraum	12,7	12,9	13,5	13,8	13,6	13,3	13,4	13,3
Europäische Union darunter:	12,9	13,1	13,6	14,0	13,7	13,5	13,5	13,4
Großbritannien	13,1	13,5	13,5	13,9	13,9	13,6	13,5	13,4
Nachrichtlich: USA	8,0	7,8	7,8	7,7	7,8	7,8	7,8	7,7
Sozialbeiträge								
Euroraum	17,6	17,5	16,4	16,4	16,2	16,0	15,9	15,7
Europäische Union darunter:	15,8	15,5	14,6	14,5	14,3	14,3	14,1	14,0
Großbritannien	7,4	7,4	7,5	7,5	7,4	7,7	7,6	7,6
Nachrichtlich: USA	7,2	7,1	7,1	7,2	7,2	7,2	6,9	6,8

¹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2002

Konsolidierungsprozess bei rückläufiger Abgabenquote unterbrochen

gleichzeitig zurückgehender Abgabenquote konnte sich die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weder im Euroraum noch in der EU insgesamt, wo Großbritannien als einziges Land eine expansive Finanzpolitik über zusätzliche Ausgabenprogramme betreibt, fortsetzen.

Aufgrund der beschriebenen Entwicklung auf der Ausgaben- und Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte in der EWU kam die Reduzierung der staatlichen Bruttoschulden nur noch verlangsamt voran. Die aggregierte EWU-Schuldenquote sank 2001 nur noch um rund einen Prozentpunkt auf 69,1 %. Dass dies überhaupt möglich war, liegt auch daran, dass es in einigen Ländern noch Sondereinnahmen, insbesondere aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen gab. Insgesamt erleichtert der in den vergangenen Jahren reduzierte Schuldenstand auch die Bedienung der Staatsschuld. Unterstützt durch ein niedriges und 2001 noch zurückgehendes Zinsniveau haben sich die Ausgaben für den Schuldendienst wiederum verringert. In Ländern mit weiterhin hoher Staatsverschuldung – Italien, Belgien und Griechenland – liegen die Zinszahlungen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, allerdings immer noch in einer Größenordnung von rund 6 %.

Konjunkturabhängige Aktualisierung der Stabilitätsprogramme?

Die Stabilitätsprogramme wurden – im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts – erstmalig 1999 für den Zeitraum 2000 bis 2004 aufgestellt. Bis zum Jahre 2004 sollte nach diesen Programmen ein „nahezu ausgeglichener oder überschüssiger Haushalt“ erreicht werden. Eine Aktualisierung der Programme wurde zunächst zur Jahreswende 2000/2001 und jüngst erneut zur Jahreswende 2001/2002 vorgenommen. Während die Haushaltsziele in der ersten Aktualisierung vor allem wegen der verbesserten Wachstumsperspektiven nach oben korrigiert wurden, fallen nunmehr – im Gefolge der seit dem vergangenen Jahr ausgeprägten konjunkturellen Schwäche – die Ziele bescheidener aus als im vorherigen Programm (Tabelle 4). Dabei wird von einigen Ländern – insbesondere Deutschland und Portugal, nach den vorgelegten Konsolidierungsprogrammen aber auch in Frankreich – versucht, die „Konsolidierungslücke“ für den Zeitraum 2002/2003, die sich im Vergleich zur letzten Aktualisierung ergibt, durch vergrößerte Anstrengungen im Zeitraum 2003/2004 ganz oder teilweise zu kompensieren, um die Ziele für 2004 doch noch zu erreichen.

Tabelle 3

Staatsausgaben¹ in den Ländern der Europäischen Union

In % des Bruttoinlandsprodukts

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Gesamtausgaben des Staates								
Euroraum	51,5	50,2	49,3	49,0	47,2	48,0	48,1	47,4
Europäische Union darunter:	51,0	49,3	48,2	47,8	45,7	47,0	47,2	46,6
Großbritannien	43,0	41,1	39,8	39,3	36,9	40,1	41,2	41,1
Nachrichtlich: USA	34,6	33,6	32,7	32,4	32,0	32,6	33,2	33,1
Konsumausgaben								
Euroraum	20,5	20,3	19,9	19,9	19,8	19,9	20,0	19,7
Europäische Union darunter:	20,7	20,3	19,9	20,0	19,9	20,1	20,2	20,0
Großbritannien	19,3	18,4	18,0	18,5	18,8	19,2	19,6	19,9
Nachrichtlich: USA	15,0	14,6	14,3	14,3	14,4	14,7	14,9	15,1
Soziale Leistungen²								
Euroraum	17,7	17,6	17,1	17,0	16,7	16,7	16,9	16,7
Europäische Union darunter:	17,4	17,1	16,7	16,5	16,2	16,2	16,4	16,2
Großbritannien	14,8	14,4	13,7	13,4	13,4	13,8	14,0	13,7
Nachrichtlich: USA	11,6	11,3	11,0	10,7	10,6	11,0	11,1	10,7
Geleistete Zinsen								
Euroraum	5,7	5,1	4,8	4,3	4,1	3,9	3,7	3,7
Europäische Union darunter:	5,5	4,9	4,6	4,1	3,9	3,6	3,5	3,4
Großbritannien	3,6	3,6	3,5	2,9	2,8	2,4	2,3	2,2
Nachrichtlich: USA	4,7	4,5	4,3	3,9	3,7	3,4	3,0	2,9
Bruttoanlageinvestitionen								
Euroraum	2,6	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4
Europäische Union darunter:	2,4	2,2	2,2	2,3	2,2	2,3	2,3	2,3
Großbritannien	1,5	1,2	1,2	1,1	1,1	1,3	1,5	1,7
Nachrichtlich: USA	2,5	2,6	2,6	2,7	2,7	2,8	3,5	3,6

¹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.² Ohne Sachleistungen.

Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2002

Dies bedeutet aber auch, dass die auf Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik in den nächsten zwei Jahren noch einmal verschärft, der erhoffte Konjunkturaufschwung damit also entsprechend relativ stärker behindert wird.

Parallelpolitik versus antizyklische Konsolidierung

Mit der schwachen konjunkturellen Entwicklung und den hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Konsolidierungsfolgen hat sich die Debatte um den angemessenen Weg zum Haushaltsausgleich wieder verschärft. Dabei gab es sowohl unter den einzelnen Ländern wie auch zwischen EWU-Ländern und EU-Kommission Irritationen über den einzuschlagenden Weg. Insbesondere zwischen Deutschland, Frankreich und der Kommission entwickelten sich Diskussionen darüber, ob der konjunkturbedingte Teil des Defizits in die

Beurteilung der Haushaltskriterien mit einzubeziehen sei oder nicht, ob man also nicht eigentlich das so genannte strukturelle Defizit zur Richtschnur machen müsse. Da der Stabilitätspakt den mittelfristigen Pfad für die Haushaltssanierung vorgibt, würde Letzteres wohl eher der Logik des Paktes entsprechen. Dagegen steht allerdings, dass es bisher keinen Konsens über die Berechnung des strukturellen Defizits gibt und dass damit eine klare Orientierung fehlt. So hat das Ministerium der Finanzen in Deutschland das strukturelle Defizit bisher auch nur als „zusätzliches Instrument zur Beurteilung der Haushaltslage“⁴ akzeptiert. Die Verpflichtung auf einen annähernden Haushaltsausgleich bis 2004 ist rechtlich allerdings nur eine Absichtserklärung; sie ist zudem in einigen Fällen – so in Deutschland und Frankreich – an die Bedingung geknüpft, dass in den Jahren 2003 und

Strukturelles Defizit als Konsolidierungskriterium vorzuziehen

⁴ Neue Debatte um Stabilitätspakt. In: Handelsblatt vom 12.2.2002.

Tabelle 4

Aktualisierte Stabilitätsprogramme der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion

	Vorgelegt im ...	Wachstumsrate des realen BIP Veränderung zum Vorjahr in %				Öffentlicher Finanzierungssaldo ¹ in % des BIP				Schuldenstand in % des BIP			
		2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Deutschland	Okt. 2000	2½	2½	2½	.	-1½	-½	0,0	.	57½	56½	54½	.
	Dez. 2001	1¼	2½	2½	2½	-2,0	-1,0	0,0	0,0	60,0	59,0	57,0	55½
Frankreich	Dez. 2000	.	3,0 ²	.	.	-0,6	-0,4	0,2	.	55,9	54,6	52,9	.
	Dez. 2001	2,5	.	3,0 ²	.	-1,4	-1,0	0,0	0,3	56,3	55,3	53,6	51,8
Italien	Dez. 2000	3,1	3,1	3,1	.	-0,5	0,0	0,3	.	103,5	99,6	94,9	.
	Nov. 2001	2,3	3,0	3,0	3,1	-0,5	0,0	0,0	0,2	104,3	101,0	98,0	95,4
Spanien	Jan. 2001	.	3,2 ³	.	.	0,2	0,3	0,3	.	56,6	52,8	49,6	.
	Dez. 2001	2,4	3,0	3,0	3,0	0,0	0,0	0,1	0,2	55,7	53,8	51,9	50,0
Niederlande	Sep. 2000	2,0	2,0	2,0	.	¼	¼	¼	.	50¼	48¾	46¾	.
	Okt. 2001	2,0	2¼	2¼	.	1,0	1,0	1,0	.	47,7	45,0	42,0	.
	Dez. 2001	1¼	2½	2½	2½	0,4	0,2	0,5	1,0	48,0	45,0	42,0	.
Belgien	Dez. 2000	2,5	2,5	2,5	2,5	0,3	0,5	0,6	0,7	101,4	97,2	92,9	88,7
	Nov. 2001	1,3	3,0	2,5	2,4	0,0	0,5	0,6	0,7	103,3	97,7	93,0	88,6
Österreich	Dez. 2000	2,7	2,3	2,5	.	0,0	0,0	0,0	.	59,1	57,2	55,3	.
	Nov. 2001	1,3	2,4	2,8	2,8	0,0	0,0	0,2	0,5	59,6	57,2	54,7	52,1
Finnland	Sep. 2000	3,2	2,7	2,7	.	4,4	4,5	4,9	.	37,1	34,9	32,2	.
	Nov. 2001	1,6	2,7	3,0	.	2,6	2,1	2,6	.	42,9	43,0	41,8	.
Griechenland	Dez. 2000	5,2	5,5	5,5	.	1,5	2,0	2,0	.	96,0	90,5	84,0	.
	Dez. 2001	3,8	4,0	4,0	.	0,8	1,0	1,2	.	97,3	94,4	90,0	.
Portugal	Jan. 2001	3,2	3,2	3,2	.	-0,7	-0,3	0,0	.	51,5	49,8	48,1	.
	Dez. 2001	1,75	2,5	3,0	3,0	-1,8	-1,0	0,0	0,4	55,7	55,5	54,0	53,2
Irland	Dez. 2000	6,3	5,7	.	.	3,8	4,6	.	.	28,0	24,0	.	.
	Dez. 2001	3,9	5,8	5,3	.	0,7	-0,5	-0,6	.	33,7	33,8	34,1	.
Luxemburg	Dez. 2000	5,3	5,8	.	.	2,5	2,5
	Nov. 2001	5,3	5,7	5,6	.	2,8	3,1	3,4	.	4,6	4,2	3,9	.

¹ Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen wurden aus dem Finanzierungssaldo herausgerechnet.

² Durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP für die Jahre 2002 bis 2004 bzw. 2003 bis 2005.

³ Durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP für die Jahre 2002 bis 2004.

Quelle: Europäische Zentralbank.

DIW Berlin 2002

2004 ein relativ hohes Wirtschaftswachstum erreicht wird. Mit – im Abstimmungsfall wahrscheinlicher – Unterstützung durch Großbritannien, Italien und andere Länder könnten Frankreich und Deutschland jederzeit einen Beschluss des Ministerrats zur Änderung dieser Vorgabe herbeiführen.

Noch vor drei Jahren schien der einzuschlagende Weg relativ klar zu sein: Im konjunkturellen Aufschwung wird konsolidiert, im Abschwung können sich die finanzpolitischen Salden mit dem Wirken insbesondere der automatischen Stabilisatoren wieder verschlechtern und damit die Konjunktur stützen. Allerdings muss zunächst zumindest ein annähernder Haushaltsausgleich erreicht worden sein. Bei einer Ausgangssituation, die für die meisten Länder durch deutliche Defizite gekennzeichnet war, bedeutete die rasche Verfolgung der konsolidierungspolitischen Ziele aber eben mehr als nur den Abbau der konjunkturellen Defizite und wirkt von daher mittelfristig zunächst restriktiv. Dies war so lange verhältnismäßig problemlos, als der Wirtschaftsaufschwung kräftig war. Mit der wirtschaftlichen Abschwächung haben sich die Konsolidierungsprobleme aber gera-

de für die Länder, deren Konsolidierung noch nicht so weit fortgeschritten war, verschärft. Zwar wurde auf dem Gipfeltreffen in Göteborg im Juni 2001 bekräftigt, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, d. h. geringere Einnahmen nicht durch eine Reduzierung von Ausgaben ausgleichen zu wollen. Für Länder ohne ausreichenden finanzpolitischen Spielraum (Deutschland, Portugal, Frankreich und Italien) sollte das freie Spiel der Stabilisatoren jedoch nur eingeschränkt möglich sein, um die 3-%-Grenze des Stabilitätspaktes nicht zu überschreiten.

Die Europäische Zentralbank hat darüber hinaus schon vor einem Jahr eine stärkere Zurückhaltung bei den Ausgaben angemahnt; sie hat auch in ihrem Kommentar zu den revidierten Zahlen des Stabilitätspaktes darauf hingewiesen, dass nach ihrer Auffassung bis 2004 das Ziel ausgeglichener Haushalte nur unter Einsatz zusätzlicher diskretionärer Maßnahmen im Sinne von „strikten“ Ausgabenkürzungen zu erreichen sei.⁵ Hinter dieser For-

⁵ EZB, Monatsberichte März 2001 und März 2002.

Parallelpolitik wirkt restriktiv

derung steht die Theorie, dass eine erfolgreiche Konsolidierung nur über Ausgabenkürzungen erfolgen könne. Bei verminderten Staatseinnahmen bzw. verminderter Staatsquote kräftige sich das Vertrauen in die künftige wirtschaftliche Entwicklung, und die Investitionsbereitschaft nehme so zu, so dass es schließlich zu einem hohen Wirtschaftswachstum käme.

Bisher können EWU-Länder in schwieriger Budgetposition nur darauf hoffen, dass ein weltweiter Aufschwung ihnen rechtzeitig bei der Konsolidierung hilft. Geschieht dies nicht und kommt es zu „exzessiven“ Defiziten, so sind als Strafe zinslose Einlagen zu bilden, die verloren sind, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren zu einer entsprechenden Korrektur kommt. Ein solcher Vorgang ist indes im Falle eines großen Landes nur schwer vorstellbar: Die Rückwirkungen auf die Finanzmärkte und auf den Euro könnten gravierend sein, erforderliche Zinsanhebungen das Wachstum weiter beeinträchtigen. Sollen derartige Entwicklungen vermieden werden, wären die Länder tatsächlich gezwungen, weitere prozyklisch wirkende, wachstumsschädliche Maßnahmen zu ergreifen.⁶

Erfolgreiche Konsolidierung ohne Blick auf die Konjunktur?

Die mancherseits geäußerte Behauptung, erfolgreiche Konsolidierung sei – auch in konjunkturellen Schwächephasen – letztlich nur über Ausgabenkürzungen zu realisieren, kann nicht ohne empirische Überprüfung akzeptiert werden. Dabei bietet es sich an, Beispiele besonders erfolgreicher Konsolidierung zu analysieren⁷; hierzu gehören Finnland und die Niederlande.⁸

Beispiele erfolgreicher Konsolidierung

Finnland

Finnland befand sich Ende der 80er Jahre auf dem Höhepunkt eines Booms. Der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte nahm bis auf 6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu. Sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinsen stiegen bis auf fast 14 %. Die konsequente Restriktionspolitik führte rasch zu einer andauernden, außerordentlich starken Rezession – das BIP schrumpfte allein 1991 um mehr als 6 %, die Finanzierungsüberschüsse der öffentlichen Haushalte verwandelten sich in erhebliche Defizite (1993: über 7 %), und die Staatsverschuldung stieg von rund 14 % im Jahre 1990 auf 57 % im Jahre 1995.

Wie ist die Regierung mit diesen Herausforderungen umgegangen? Um es vorwegzunehmen: Es kam zu einer Kombination von Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation, zur Anregung des Wirtschaftswachstums und zur Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte.

Ein nationaler Sozialpakt schuf mit der Orientierung an Nominallöhnen statt Reallöhnen eine Voraussetzung zur Eindämmung der Inflation. Eine sehr kräftige Abwertung – von 1990 bis 1993 stieg der Markka-Kurs gegenüber dem US-Dollar um rund 50 % – trug im selben Zeitraum zu einem Ausgleich der Leistungsbilanz und zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums bei. Darüber hinaus kam es zu einer erheblichen Verschiebung der Steuerlast von den direkten zu den indirekten Steuern, wobei sich die Steuer- und Abgabenquote insgesamt sogar erhöhte. Marode öffentliche Betriebe wurden privatisiert, marode Banken kräftig saniert. Die Staatsausgaben sanken nicht, sondern stiegen in der Rezession 1991/92 beträchtlich; die Abgabenquote nahm von 50,7 % im Jahre 1991 auf 56,1 % im Folgejahr zu. Mit dem starken Wachstum auch der Inlandsnachfrage von 1994 an stiegen die Steuereinnahmen trotz der Senkung der Sätze bei den direkten Steuern, aber auch wegen einer deutlichen Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und der Einführung einer Reihe von neuen Gebühren kräftig. Gleichzeitig kam es während des Aufschwungs zu einer mehrjährigen Plafondierung der Staatsausgaben.

Mit boomendem Export und von 1994 an auch boomender Gesamtwirtschaft ist es dann sehr rasch gelungen, die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte in – bald wieder hohe – Überschüsse zu verwandeln. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, gilt dies auch für den so genannten strukturellen Budgetsaldo. Dabei konnte die Steuer- und Abgabenquote in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sogar wieder gesenkt werden.

Alles in allem: Eine außergewöhnliche Krisensituation wurde mit außergewöhnlichen Maßnahmen sehr erfolgreich gemeistert, wobei Ausgabenkürzungen – schon gar nicht während der Rezession – keine Rolle spielten, im anschließenden Aufschwung dagegen rasch konsolidiert werden konnten.

Wachstumsförderung statt Ausgabenkürzungen

⁶ Alternativ wären allenfalls Sondereinnahmen wie bei der Veräußerung von Mobilfunklizenzen oder die Verpfändung künftiger staatlicher Einnahmen, wie dies etwa in Italien mit Lottoeinnahmen praktiziert worden ist, denkbar.

⁷ Vgl. OECD: Economic Surveys (Ibid.), für Finnland und die Niederlande.

⁸ Das häufig auch genannte Beispiel Irland ist hier ausgeklammert worden, weil hier jährlich EU-Mittel in großem Umfang – mehrere Prozentpunkte des BIP – zugeflossen waren, wodurch Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen erheblich stimuliert wurden.

Niederlande

Ausgabenbegrenzung
im Aufschwung

In den Niederlanden sind die Defizite in den öffentlichen Haushalten im Gefolge der Ölpreisschocks und der steigenden Arbeitslosigkeit seit den 70er Jahren kräftig gestiegen – auf 4 % bis über 6 % in den 80er Jahren. Im Boom 1989 bis 1991 sind sie wieder auf rund 3 % gefallen und verharren anschließend bei rund 4 %. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre verbesserte sich die Lage der öffentlichen Finanzen dagegen ständig, und 1999/2000 kam es dann sogar wieder zu Überschüssen; dies galt auch für den strukturellen Budgetsaldo (Abbildung 2). Im Vergleich zu Finnland waren die Konjunkturschwankungen weniger ausgeprägt und auch die Probleme andersartig.

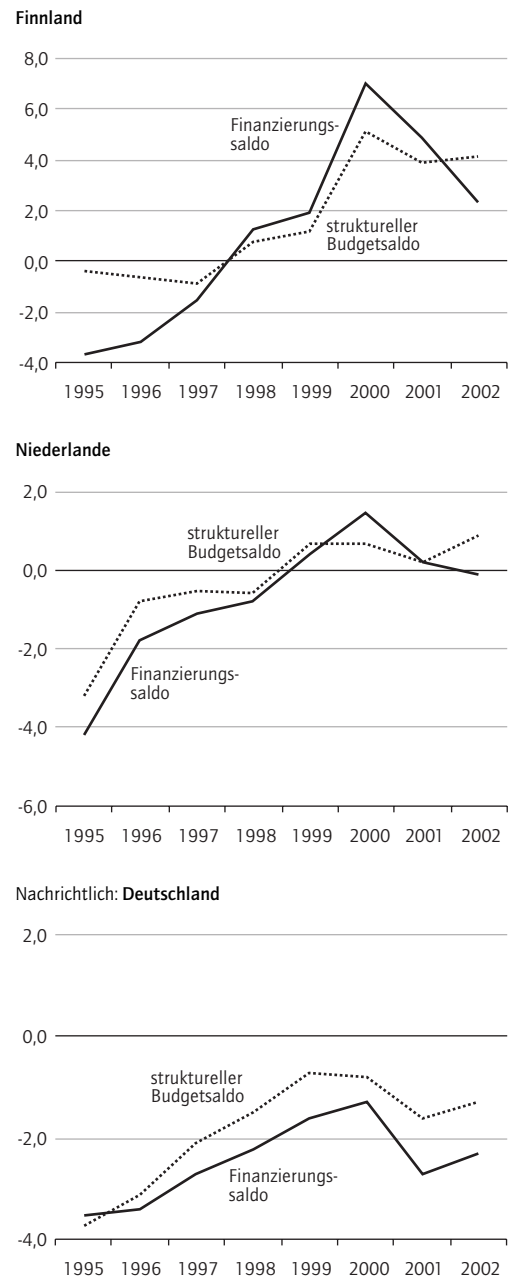
Wesentlich für die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen in den 70er Jahren war ein rascher Anstieg der Sozialausgaben; ihr Anteil am BIP erhöhte sich von 1972 bis 1982 um 10 Prozentpunkte. Mit dem Abkommen von Wassenaar 1982 – auch hier ein erfolgreicher Sozialpakt am Beginn – gelang es, dem Arbeitsmarkt neue Impulse zu verleihen. Die Zahl der Erwerbspersonen stieg – bei durchschnittlich reduzierter Arbeitszeit – spürbar. Auch wenn das Beschäftigungsvolumen in Stunden nicht in gleichem Maß zunahm, wurden die öffentlichen Haushalte doch zunehmend von direkten und indirekten Lasten aufgrund der zuvor noch hohen Arbeitslosigkeit entlastet. Zudem wurden bestimmte Anspruchsvoraussetzungen – insbesondere für den Bezug der bis dahin sehr verbreiteten Erwerbsunfähigkeitsrenten – verschärft. Der Sozialstandard ist dennoch im internationalen Vergleich bis heute hoch geblieben.

Zum anderen hat sich Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre eine reale Abwertung gegenüber dem wichtigsten Handelspartner Deutschland ergeben, die dazu beitrug, dass die Rezession in Deutschland nicht voll auf die Niederlande durchschlagen konnte. Die Wirtschaftsentwicklung war in den 90er Jahren ausgeglichen und kräftiger als im Rest des Euroraums. Damit blieben in den Niederlanden die öffentlichen Haushalte seit etwa 1994 zwar noch immer defizitär, sie hatten aber – im Hinblick auf die erforderliche Realisierung der Maastricht-Kriterien – eine bessere Ausgangsposition als viele andere EU-Länder. Gegenwärtig belegen die Niederlande mit einem – noch – geringen Haushaltsüberschuss und einem Schuldenstand in Höhe von rund 50 % des BIP einen guten Mittelplatz.

Entscheidend war in den Niederlanden, dass – unabhängig von der Konjunkturlage – der Ausgabenzuwachs strikt begrenzt wurde; nur im Gesundheits- und Erziehungswesen kam es noch zu einem stärkeren Anstieg. Gemildert wurde die Rezession

Abbildung 2

Entwicklung des Finanzierungssaldos¹ und des strukturellen Budgetsaldos² in Finnland und in den Niederlanden von 1995 bis 2002



¹ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht; ohne Sondererinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

² In % des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Prognose der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (April 2002).

DIW Berlin 2002

zu Beginn der 90er Jahre durch die reale Abwertung, während die Umstrukturierung des Steuer-

systems und die Senkung der Steuersätze bei den direkten Steuern offenbar wachstumsstimulierend wirkten.

Fazit

Die Analyse hat gezeigt (Abbildung 2), dass beide Länder ihre Haushalte erfolgreich konsolidierten. Sowohl in Finnland als auch in den Niederlanden haben Ausgabenbeschränkungen im Gefolge hoher Defizitquoten zunächst keine Rolle gespielt. Im Falle Finnlands wurden die Ausgaben zu Beginn der Erholungsphase sogar kräftig ausgeweitet. All dies hat strukturelle Verbesserungen auf der Ausgabenseite nicht ausgeschlossen. Entscheidend war aber für beide Länder die Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen, zu denen jeweils auch ein erfolgreicher Sozialpakt zählte, mit dem der Arbeitsmarkt neue Impulse erhielt und der gleichzeitig zur Eindämmung der Inflation beitrug. Wachstumsbedingte Mehreinnahmen wurden weitgehend zum Abbau der Haushaltsfehlbeträge sowie zur Reduzierung der staatlichen Verschuldung genutzt, während der Ausgabenanstieg im Aufschwung strikt begrenzt worden war bzw. es sogar zu einer Plafondierung der Ausgaben kam. Als kleinere Volkswirtschaften setzten zudem beide Länder – insbesondere Finnland – auf eine Stimulierung der Nachfrage aus dem Ausland als Folge einer realen Abwertung.

Die Erfahrungen in Finnland und in den Niederlanden sowie der Blick auf andere Fälle erfolgreicher Haushaltskonsolidierung in Europa⁹ zeigen, dass im Hinblick auf das Erreichen der Ziele in den EWU-Stabilitätsprogrammen die konjunktur-

politischen Erfordernisse nicht außer Acht gelassen werden sollten. Dies bedeutet auch, dass einem dämpfenden fiskalischen Impuls ein expansiver geldpolitischer Impuls gegenübergestellt werden muss. Ein rascher und nachhaltiger Ausgleich der Haushaltsdefizite im Euroraum ist nur bei hohem Wirtschaftswachstum möglich. Diese Einschätzung wird auch in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose vertreten,¹⁰ wo es – anders als im vergangenen Herbst – nunmehr einstimmig sehr differenziert heißt:

„Der Erfolg einer Haushaltskonsolidierung hängt auch davon ab, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung günstig verläuft, zumal sich das Ziel auf das tatsächliche und nicht auf das konjunkturbereinigte Budgetdefizit des Staates bezieht. Die anderen Bereiche der Wirtschaftspolitik können – wie auch Erfahrungen z. B. in Finnland, Irland und in den Niederlanden zeigen – einen Beitrag dazu leisten, dass das makroökonomische Umfeld günstig bleibt. Einschnitte bei den Staatsausgaben wurden in den angesprochenen Ländern durch nachfragegesteigernde Maßnahmen von anderer Seite weitgehend kompensiert. Als kleine Volkswirtschaften setzten sie dabei auf Stimulierungen aus dem Ausland, ihre Währungen werteten real ab ...“ – eine Möglichkeit, die so für Deutschland nicht besteht.

⁹ So wurden etwa in Großbritannien im Gefolge der Rezession zu Beginn der 90er Jahre bewusst Defizitquoten von bis zu 8 % hingenommen. Dennoch konnten hier – im Zuge des folgenden, im Vergleich zu den anderen großen europäischen Volkswirtschaften kräftigeren, Wachstums – zunächst deutliche Haushaltsüberschüsse erzielt werden. Gegenwärtig setzt Großbritannien – wiederum als einziges Land in Europa – auf Konjunkturstabilisierung durch umfangreiche Ausgabenprogramme.

¹⁰ Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17-18/2002, S. 295 f.

Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 28/29

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003

Das DIW Berlin veröffentlicht im kommenden Wochenbericht seinen traditionellen Konjunkturbericht zur Jahresmitte. Im weltwirtschaftlichen Teil wird der Frage nachgegangen, ob das Wachstum in den USA so dynamisch sein wird wie Ende der neunziger Jahre. Im Blickpunkt stehen darüber hinaus die Risiken für den weltweiten Aufschwung, die vom zunehmenden Leistungsbilanzdefizit der USA ausgehen. Im Euroraum war die Konjunkturdynamik bisher eher verhalten; die Prognose wird zeigen, wann mit einem Aufschwung zu rechnen ist. Einen Schwerpunkt bildet eine Untersuchung zum Gleichlauf der Konjunktur in den Ländern des Euroraums. Dies ist besonders für Deutschland von Bedeutung: Auch hier sind Aufwärtstendenzen unverkennbar, und das DIW Berlin macht eine Vorhersage, ob und wie lange diese anhalten werden. Schließlich werden Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gegeben, welche Strategien in dieser konjunkturellen Phase angemessen wären. Dabei wird insbesondere auf die für eine rasche Konsolidierung notwendigen Anstrengungen der Finanzpolitik und auf die Bedeutung der jüngsten Lohnabschlüsse eingegangen.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 001 2-1 304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003

Weltwirtschaft im Aufwind

Abonnieren
gratis! Das DIW Berlin veröffentlicht im kommenden Wochenbericht seinen traditionellen Konjunkturbericht zur Jahresmitte. Im weltwirtschaftlichen Teil wird der Frage nachgegangen, ob das Wachstum in den USA so dynamisch sein wird wie Ende der neunziger Jahre. Im Blickpunkt stehen darüber hinaus die Risiken für den weltweiten Aufschwung, die vom zunehmenden Leistungsbilanzdefizit der USA ausgehen. Im Euroraum war die Konjunkturdynamik bisher eher verhalten; die Prognose wird zeigen, wann mit einem Aufschwung zu rechnen ist. Einen Schwerpunkt bildet eine Untersuchung zum Gleichlauf der Konjunktur in den Ländern des Euroraums. Dies ist besonders für Deutschland von Bedeutung: Auch hier sind Aufwärtstendenzen unverkennbar, und das DIW Berlin macht eine Vorhersage, ob und wie lange diese anhalten werden. Schließlich werden Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gegeben, welche Strategien in dieser konjunkturellen Phase angemessen wären. Dabei wird insbesondere auf die für eine rasche Konsolidierung notwendigen Anstrengungen der Finanzpolitik und auf die Bedeutung der jüngsten Lohnabschlüsse eingegangen.

Das DIW Berlin veröffentlicht im kommenden Wochenbericht seinen traditionellen Konjunkturbericht zur Jahresmitte. Im weltwirtschaftlichen Teil wird der Frage nachgegangen, ob das Wachstum in den USA so dynamisch sein wird wie Ende der neunziger Jahre. Im Blickpunkt stehen darüber hinaus die Risiken für den weltweiten Aufschwung, die vom zunehmenden Leistungsbilanzdefizit der USA ausgehen. Im Euroraum war die Konjunkturdynamik bisher eher verhalten; die Prognose wird zeigen, wann mit einem Aufschwung zu rechnen ist. Einen Schwerpunkt bildet eine Untersuchung zum Gleichlauf der Konjunktur in den Ländern des Euroraums. Dies ist besonders für Deutschland von Bedeutung: Auch hier sind Aufwärtstendenzen unverkennbar, und das DIW Berlin macht eine Vorhersage, ob und wie lange diese anhalten werden. Schließlich werden Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gegeben, welche Strategien in dieser konjunkturellen Phase angemessen wären. Dabei wird insbesondere auf die für eine rasche Konsolidierung notwendigen Anstrengungen der Finanzpolitik und auf die Bedeutung der jüngsten Lohnabschlüsse eingegangen.

Das DIW Berlin veröffentlicht im kommenden Wochenbericht seinen traditionellen Konjunkturbericht zur Jahresmitte. Im weltwirtschaftlichen Teil wird der Frage nachgegangen, ob das Wachstum in den USA so dynamisch sein wird wie Ende der neunziger Jahre. Im Blickpunkt stehen darüber hinaus die Risiken für den weltweiten Aufschwung, die vom zunehmenden Leistungsbilanzdefizit der USA ausgehen. Im Euroraum war die Konjunkturdynamik bisher eher verhalten; die Prognose wird zeigen, wann mit einem Aufschwung zu rechnen ist. Einen Schwerpunkt bildet eine Untersuchung zum Gleichlauf der Konjunktur in den Ländern des Euroraums. Dies ist besonders für Deutschland von Bedeutung: Auch hier sind Aufwärtstendenzen unverkennbar, und das DIW Berlin macht eine Vorhersage, ob und wie lange diese anhalten werden. Schließlich werden Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gegeben, welche Strategien in dieser konjunkturellen Phase angemessen wären. Dabei wird insbesondere auf die für eine rasche Konsolidierung notwendigen Anstrengungen der Finanzpolitik und auf die Bedeutung der jüngsten Lohnabschlüsse eingegangen.

Königin-Luise-Strasse 5
14195 Berlin
Tel. +49 30 897 89 0
Fax +49 30 897 89 200
www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 28-29/2002

69. Jahrgang / 11. Juli 2002

Inhalt

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung
2002/2003

Weltwirtschaft im Aufwind Seite 445

Konjunktuelle Wende im Euroraum

Deutschland: Der Aufschwung kommt –
und geht wieder

Wirtschaftspolitik

A 22127 C

Der Wochenbericht des DIW Berlin
Nr. 28-29/2002 erscheint am 11. Juli 2002.